

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 33. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. November 2010, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

i. V. v. Hans Hinrich Neve

Tobias Koch (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Fehlende Abgeordnete**

Jürgen Weber (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Nachschiebeliste der Landesregierung</b>	4
Umdruck 17/1471	
<b>2. a) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2008</b>	6
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 17/91	
(überwiesen am 18. Dezember 2009 an den Finanzausschuss)	
<b>b) Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2008</b>	
<b>3. Terminplanung für das erste Halbjahr 2011</b>	7
<b>4. Information/Kenntnisnahme</b>	8
Umdruck 17/1470 - IT-Effizienz	
Umdruck 17/1472 - Nachfragen zum Haushalt	
Umdruck 17/1492 - Einführung einer Küstenschutzabgabe	
Umdruck 17/1501 - Landesverkehrswegeplan	
Umdruck 17/1507 - Hochschulmedizin	
vertraulicher Umdruck 17/1473 - Einzelplan 06	
<b>5. Verschiedenes</b>	11

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Nachschiebeliste der Landesregierung und des Landtags**

Umdrucke 17/1471, 17/1533 und 17/1541

M Wiegard führt in die Thematik ein und betont, dass die Nettokreditaufnahme in den kommenden beiden Jahren um 680 Millionen € gesenkt werde. Nach Abzug des kommunalen Finanzausgleichs seien für das Land Steuermehreinnahmen in Höhe von 220 Millionen € zu erwarten. Günstig wirke sich auch die Finanzlage an den Geld- und Kapitalmärkten aus, die für günstigere Refinanzierungen von Krediten Sorge. Einen wesentlichen Einfluss habe auch die Umschichtung der Vermögenswerte der LVSH in den Landeshaushalt. Im Jahr 2012 erwarte man, nur noch Kredite aufnehmen zu müssen, um die Zinsen für bereits bestehende Schulden tilgen zu können. Das momentan angenommene strukturelle Defizit liege zudem unter den bisherigen Annahmen.

Auf eine Frage der Abg. Heinold zu den Verhandlungen zum Gastschulabkommen führt M Wiegard aus, dass sich die Landesregierung im Gespräch mit Hamburg befinde. Man erwarte in absehbarer Zeit eine Lösung des Problems, die beide Seiten zufriedenstelle und im Haushalt abbildbar sei. Man befinde sich - so betont M Wiegard auf eine weitere Frage der Abg. Heinold - ebenfalls im Gespräch mit den Kommunen. Man habe die Erwartung, dass wenn das Land unterstützende Hilfe für die Kommunen leiste, dies an die gleichen Bedingungen geknüpft werde, die auch an das Land im Verhältnis zu anderen Ländern gestellt würden. Man habe den Kommunen auch angeboten, das Kreditmanagement zu bündeln, um so zu besseren Konditionen zu kommen. Dies sei auch in der Hoffnung geschehen, ein solches Modell auch auf Bundesebene zu implementieren. Die Vielzahl an Punkten, die zu diskutieren sei, führe dazu, dass man sich in einem Diskussionsprozess befinde. Die Landesregierung erwarte, dass dies den bisher gesetzten Haushaltsrahmen nicht übersteige.

Abg. Harms bittet darum, die im Bereich der dänischen Schulen aktuell vorhandenen Schülerzahlen und Schülerkostensätze berichtet zu bekommen, um entsprechende Änderungen in den Haushaltsansätzen nachvollziehen zu können. - Die Landesregierung sagt zu, schriftlich dazu zu berichten.

Zu Umdruck 17/1533 - Haushaltsentwurf 2011/2012 - Einzelplan 01 - gibt es keine Nachfragen.

P Dr. Altmann trägt die Schwerpunkte des Umdrucks 17/1541 vor und betont, dass aus Sicht des Landesrechnungshofs ein Weiterbetrieb oder eine Sanierung der Justizvollzugsanstalt Flensburg nicht wirtschaftlich sei. Er betont, dass die Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium im Rahmen der Vorbereitung des Haushaltsgesetzes trotz einiger Probleme, zum Beispiel bei Ausgleichszahlungen an die Landeshauptstadt Kiel wegen der Flughafengesellschaft oder die Erhöhung des Stammkapitals bei der WTSH, gut gewesen sei. Es gebe aber einige Punkte, die der Landesrechnungshof darüber hinaus kritisch sehe. Im Hinblick auf den Bereich Forschung und Lehre in Einzelplan 06 würden vorgesehene Kürzungen vermutlich im Defizit des UK S-H wieder auftauchen. Von einigen Kürzungen sei darüber hinaus Abstand genommen worden. Das sei sehr unbefriedigend. Unklar sei dem Landesrechnungshof darüber hinaus, woher die im Landesstraßenbau erwähnten 7 Millionen € kämen. Die Entwicklung im Personalkomplex sei insgesamt zufriedenstellend, beim Einzelplan 04 - Polizei - seien jedoch nicht nur keine Einsparungen vorgenommen worden, sondern Anhebungen der Mittel durch Beförderungen und Besserstellungen vorgesehen. Dies sei aus Sicht des Landesrechnungshofs nicht akzeptabel. Die bei der Gesundheitsfürsorge entstehenden Aufwüchse seien verständlich, nicht verständlich sei jedoch, warum dies aus dem Haushalt erwirtschaftet werden solle. Unausgewogene Einsparungen im Personalbereich müssten vermieden werden.

Im Hinblick auf die von P Dr. Altmann empfohlene Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg betont Abg. Harms, dass aus seiner Sicht der Landgerichtsstandort dadurch gefährdet würde. Er spricht sich für eine Überprüfung aller Justizvollzugsanstalten aus.

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke 17/1471, 17/1533 und 17/1541 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2008**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/91

Der Finanzausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN dem Landtag, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2008 aufgrund der Landeshaushaltsrechnung - ohne den Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - und der dazu vorliegenden Bemerkungen des Landesrechnungshofs gemäß Artikel 55 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und § 114 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

**b) Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2008**

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2008 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das erste Halbjahr 2011**

Der Ausschuss beschließt die Terminplanung für das erste Halbjahr 2011, Umdruck 17/1544 (neu).

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 17/1470 - IT-Effizienz

Umdruck 17/1472 - Nachfragen zum Haushalt

Umdruck 17/1492 - Einführung einer Küstenschutzabgabe

Umdruck 17/1501 - Landesverkehrswegeplan

Umdruck 17/1507 - Hochschulmedizin

vertraulicher Umdruck 17/1473 - Einzelplan 06

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 17/1470 - IT-Effizienz - schlägt Abg. Heinold vor, diesen Punkt in einer der kommenden Sitzungen noch einmal zu beraten und sich vom Finanzministerium darüber informieren zu lassen, was die nächsten Schritte seien.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Auf eine Frage der Abg. Heinold zu der Antwort der Landesregierung zu den nachträglich gestellten Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1472 betont St Dr. Bastian, dass es sich um einen Einmaleffekt handle, der im Jahr 2013 ebenfalls aufgefangen werden müsse. Auf die Nachfrage von Abg. Heinold, wann mit der im Umdruck angekündigten Antwort des Ministeriums für Bildung und Kultur zu rechnen sei, kündigt St Dr. Bastian an, sich beim Bildungsministerium diesbezüglich zu erkundigen.

VP Dopp betont, dass der Landesrechnungshof zu den Sondereffekten keine Auskunft geben könne, da er keine eigenen Erkenntnisse dazu habe.

Auf Anfrage der Abg. Heinold zur Einführung der Küstenschutzabgabe in Schleswig-Holstein, Umdruck 17/1492 (neu), betont St Dr. Bastian, dass man sich bemühe, ein einfaches Verfahren zu entwickeln, das sich möglichst an bestehende Strukturen anlehne. Im Moment sei man mit den Wasser- und Bodenverbänden im Gespräch, um die Erhebung möglichst unbürokratisch vonstatten gehen zu lassen.

Abg. Heinold möchte wissen, wodurch die in der Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr „Landesverkehrswegeplan Schleswig-Holstein“, Umdruck 17/1501 genannten 7 Millionen € erwirtschaftet würden. Dieser Frage schließt sich P Dr. Altmann an.



St. Dr. Bastian erläutert, dass in einigen Bereichen Einsparungen erzielt worden seien beziehungsweise künftig noch erzielt würden. Auf eine Nachfrage von P Dr. Altmann nach den investiven Mitteln für den Landesverkehrswegeplan nach 2012 betont St Dr. Bastian, dass dies förmlich noch nicht zu entscheiden sei, aber man gehe davon aus, dass der Haushalt in vergleichbarem Größenumfang fortgeschrieben werde, um überhaupt noch Investitionen zu ermöglichen. Auf eine weitere Frage von P Dr. Altmann führt Herr Richter, Leiter des Referats Straßenbau im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr aus, dass der angesprochene Radweg bereits im Bau sei und eine Unterbrechung der Baumaßnahme nach Ansicht der Landesregierung nicht sinnvoll sei.

Abg. Heinold betont, dass man ihrer Ansicht nach Einsparungen beim Wohngeld nicht anderweitig ausgeben könne. - Abg. Tobias Koch erwidert, dass durch eine Veränderung der Bundesgesetzgebung eine Entlastung entstünde. Durch den entstandenen finanziellen Spielraum könne aus Sicht der CDU-Fraktion an anderen Stellen investiert werden.

Abg. Dr. Habeck betont, dass bei dieser Argumentation als Konsequenz bei Belastungen, die durch Bundesgesetzgebung entstünden, Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden müssten, dies sei jedoch aber auch nicht der Fall.

Im Zusammenhang mit Umdruck 17/1507 - Finanzausstattung der Hochschulen im Bundesvergleich - interessiert Abg. Heinold, wie die Landesregierung mit Verantwortlichen der Hochschulmedizin im Dialog stehe, um festzustellen, was zum 1. Januar 2011 realistischerweise umgesetzt werden könne. - Herr Weber, Leiter des Referats Hochschulmedizin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, betont, dass eine Arbeitsgruppe der Dekanate das Thema bearbeite. Eine Umstellung auf leistungsorientierte Mittelvergabe habe erst vor kurzem stattgefunden, deshalb gebe es noch Schwierigkeiten. Man befinde sich im Dialog, wie weit Trägerkosten eingespart werden könnten.

Abg. Heinold möchte wissen, ob Zielvereinbarungen eine Möglichkeit seien, den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, sich auf den Wegfall der Mittel einzustellen und ob darüber hinaus eine Möglichkeit bestehe, ein gestuftes Vorgehen in der Abschmelzung der Mittel zu realisieren. - RL Weber führt aus, es gebe zurzeit eine Evaluierung des Gesamtbereichs Hochschulmedizin Schleswig-Holstein durch den Wissenschaftsrat. Man habe dem Wissenschaftsrat vorgeschlagen, Zielvereinbarungen zu machen. Man werde die Ergebnisse der Evaluierung des Wissenschaftsrats, die im Sommer erwartet würde, mit den Hochschulen diskutieren. Man erhoffe sich erhebliche Erkenntnisse, auch im Vergleich zu anderen Hochschulmedizinstandorten und anderen Universitätskliniken.

P Dr. Altmann betont, dass der Brief des Wissenschaftsdirektors, Umdruck 17/1507 zeige, dass in dem Bereich zu wenig Transparenz herrsche. Der Landesrechnungshof sei der Ansicht, dass die Kürzung von 10,4 Millionen € zu verschmerzen sei. Problematisch sei, die Ausgaben von Forschung und Lehre und die Trägerkosten sauber auseinanderzuhalten. Er regt an, die Zuschüsse für Forschung und Lehre einerseits und die Trägerkosten andererseits getrennt aufzulisten, um Transparenz zu schaffen. Eine Verlagerung der Schulden von einem Topf in den anderen sei nicht zielführend. Dieser Bereich bedürfe dringend mehr Transparenz, um das UK S-H auf einen guten Weg zu bringen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

St Dr. Bastian führt aus, dass die Landesregierung in ihrer Kabinettsbefassung entschieden habe, sich im Bundesrat zur Frage der Zustimmungsbedürftigkeit beim Thema Brennelementesteuer zu enthalten.

Auf Nachfrage der Abg. Heinold betont St Dr. Bastian, dass das Land bei der Beteiligung der Länder zum Thema Brennelementesteuer tendenziell zustimme, sich beim Thema Zustimmungsbedürftigkeit jedoch enthalte.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

stellv. Geschäfts- und Protokollführer